Dr. Nina Scheer – Wochenspiegel

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

anbei übersende ich Ihnen/Euch meinen WOCHENSPIEGEL für die Zeit vom 15.-21. November.

Anregendes Lesen wünscht Ihre/Deine

Dr. Nina Scheer
Bundestagsabgeordnete

THEMEN

CORONA

Die Corona-Infektionen stellen uns erneut vor große Belastungen, da sie bereits heute zur Verdrängung von medizinischen Behandlungen führen. Eine Überschreitung der verfügbaren Kapazitäten ist bei einem Fortgang dieser Entwicklung nicht auszuschließen. Nachweislich ist dies auf die nach wie vor zu hohe Anzahl von Ungeimpften zurück zu führen. Covid19-Erkrankte belegen immer mehr Betten auf den Intensivstationen - zumeist ungeimpfte PatientInnen. Um die Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, bedarf es somit weiterer Impfungen - zunehmend auch von sogenannten Booster-Impfungen, die den schon bestehenden Impfschutz wieder auffrischen.

Die Pandemie-Entwicklung zeigt aber auch, dass bei bestehendem Impfschutz mehr Zusammenkünfte von Menschen möglich sind, ohne dass dies die Pandemie verstärkt, eben wenn ein Impfschutz besteht. Insofern ist eine Differenzierung in der Handhabung der Maßnahmen in Bezug auf geimpfte Menschen auf der einen Seite und solchen ohne Impfschutz auf der anderen Seite sinnvoll und geboten. Ohne dies, ergänzt um verpflichtende Testungen bzw. Testnachweise, stießen pauschale Einschränkungen für alle an ihre Grenzen. Hier setzen die mit den Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am 18.11.21 beschlossenen Änderungen an.

<u>Die vom Deutschen Bundestag (18.11.) und Bundesrat (19.11.) beschlossenen Maßnahmen im Überblick</u>

- Wo Homeoffice möglich ist, muss es angeboten werden. Sprechen keine dringenden Gründe dagegen, haben die Beschäftigten das Angebot anzunehmen.
- Wer am Arbeitsplatz auf andere Personen treffen könnte, muss geimpft, genesen oder getestet sein (3G).
- Auch in Bus, Bahn und Flugzeugen gelten 3G und Maskenpflicht.
- In Pflegeheimen und Krankenhäusern müssen ArbeitgeberInnen, Beschäftigte und BesucherInnen einen Testnachweis dabei haben - unabhängig vom Impfstatus. Pflegebedürftige sowie PatientInnen gelten nicht als Besuch.
- BürgerInnen-Tests werden wieder kostenfrei.
- Wer Gesundheitsnachweise wie Impfausweise oder Testnachweise fälscht oder gefälschte Dokumente gebraucht, macht sich strafbar.

<u>Möglichkeiten auf Länderseite</u>

- Maskenpflicht und Abstandsgebote
- Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte
- Personenobergrenzen bei Veranstaltungen, in Gastronomie, Handel und Kultureinrichtungen
- Regeln für 3G, 2G (geimpft oder genesen) und 2G-Plus (geimpft/genesen und zusätzlich getestet)
- Auflagen für den Schulbetrieb

- Ausgangsbeschränkungen, Schulschließungen und flächendeckende Lockdowns soll es nicht mehr geben. Landesparlamente können jedoch kulturelle und freizeitliche Veranstaltungen und Einrichtungen schließen, wenn sich das Corona-Virus in dem Bundesland epidemisch ausbreitet.

Zum Gesetzentwurf mit Änderungsanträgen der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP: https://bit.ly/3rfp6iT und https://bit.ly/3FDchm7
Zum Beschluss des Bundesrates: https://bit.ly/3xdXZ8P

Ergänzend halte ich die Einführung einer tätigkeitsbezogenen Impfpflicht, etwa bei Ausübung von Pflegetätigkeiten, für unausweichlich und dringend geboten. Hierfür habe ich mich auch in der SPD-Bundestagsfraktion ausgesprochen. Auch wenn eine solche Maßnahme in Bezug auf die kommenden Wochen rein zeitlich betrachtet noch keine die 4. Welle rechtzeitig durchbrechende Wirkung wird entfalten können, so beugt sie aber doch einem fortgesetzten Infektionsgeschehen vor. Vor allem wird durch eine tätigkeitsbezogene Impfpflicht eine klare gesellschaftliche Erwartungshaltung über das Verständnis des Schutzes von Mitmenschen und von Solidarität gesetzlich verankert, was auch in die Gesellschaft hineinwirkt. Mit einer solchen Impfpflicht wäre es künftig gesetzlich untersagt, in Ausübung der beruflichen Tätigkeit, wie etwa in Pflegeberufen, ungeimpft Menschen einer Infektion mit möglicherweise tödlichem Verlauf auszusetzen. Ein solches Infektionsgeschehen weiterhin als „legal“ einzustufen, widerspräche nach meinem Rechtsempfinden der staatlichen Schutzpflicht. Insofern setze ich mich für eine tätigkeitsbezogene Impfpflicht ein. In Frankreich wurde dies bereits eingeführt. Die SPD - Bundestagsfraktion wird sich mit diese Frage nun verstärkt auseinander setzen.

Auch an dieser Stelle der dringende Appell an alle Ungeimpften, sich impfen und - sofern bereits erforderlich - boostern (Auffrischungsimpfung) zu lassen.

Die Wirksamkeit der verschiedenen Impfmittel können Sie auf der Seite des Robert-Koch-Instituts nachlesen unter: https://bit.ly/3DzGVMO

DIE EINSTUFUNG VON ATOMENERGIE ALS "NACHHALTIG" WIDERSPRICHT SOWOHL DER EUROPÄISCHEN TAXONOMIEVERORDNUNG ALS AUCH DEN ZIELEN NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND STELLT RECHTSBRUCH DAR.

Sowohl durch den Uranabbau, als etwa auch durch die Gefahr schwerer Unfälle während des Betriebs sowie etwa die ungelöste Endlagerfrage steht Atomenergienutzung den Nachhaltigkeits-Kriterien der europäischen Taxonomie-Verordnung entgegen. Atomenergie ist weder widerstandsfähig gegenüber dürrebedingt niedrigen Flusswasserpegeln oder anderen wetterextremen Naturereignissen noch nachhaltig. Mangels Brennstoffkreislauf entsteht selbst mit teilweiser Wiederverwertung hochradioaktiver Müll, für den bislang weltweit noch kein einziges Endlager in Betrieb genommen wurde. Die Nutzung von Atomenergie widerspricht sowohl dem Verursacherprinzip als auch dem Vorsorgeprinzip. Wenn sich Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin der Europäischen Union dennoch für die Einordnung von

Atomenergie als nachhaltig ausspricht, bereitet sie damit einen Rechtsbruch vor. Eine solche Einordnung wäre anfechtbar und sollte als solche auch gerichtlich angefochten werden.

Die Frage der Einordnung von Atomenergie als „nachhaltig“ ist - anders bislang öffentlich diskutiert, somit nicht nur eine Frage des mehrheitlichen Willens der Mitgliedstaaten, sondern auch eine rechtliche.

Auf eine gemeinsame Erklärung für eine nuklearfreie EU Taxonomie hatten sich zuletzt im Rahmen der Klimakonferenz von Glasgow die Staaten Deutschland, Luxemburg, Portugal, Dänemark und Österreich verständigt.

Zur Abwendung des Rechtsbruchs muss von Seiten der Kommission auf die Einordnung von Atomenergie als „nachhaltig“ verzichtet werden.

Zur Pressemitteilung: https://bit.ly/32iYXVH

ZU GAST

... IM DEUTSCHLANDFUNK

Zu einer Nachbetrachtung der Klimakonferenz in Glasgow war ich am 15. November beim Deutschlandfunk in der Sendung „Kontrovers“ zu Gast. Dabei betonte ich die besondere

Verantwortung von Industriestaaten beim beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien. Sowohl nach dem Verursacherprinzip als auch mit Blick auf die Vorreiterfunktion bei technologischen Entwicklungen seien Deutschland und Europa gefragt, mehr Klimaschutz zu leisten. Wenn die Ergebnisse von Weltklimakonferenzen hinter dem Notwendigen zurückbleiben, muss dies als Anforderung verstanden werden: ärmere Länder sind nicht bereit, weitergehende Verpflichtungen einzugehen, wenn (reichere) Industriestaaten trotz ihrer Verantwortlichkeiten für den Klimawandel ihrerseits nicht schaffen, die Klimaschutzziele auf nationaler Ebene in hinreichendem Maß umzusetzen. Ferner legte ich dar, aus welchen Gründen Atomenergie auch klimaschutzpolitisch ein Irrweg ist.

Zur Sendung: Nach der Konferenz von Glasgow – Wo steht die Welt beim Klimaschutz? Deutschlandfunk, https://bit.ly/2ZcJV2J

... BEI EINER DISKUSSION MIT BUND UND BÜNDNIS BÜRGERENERGIE

Der BUND und das Bündnis für Bürgerenergie entwickelten einen Drei-Punkte-Plan für die Umstellung auf Erneuerbare Energien als gesamtgesellschaftliches Projekt. Diesen habe ich am 16. November mit VertreterInnen der beiden Organisationen diskutiert.

Zur Online-Diskussion: https://bit.ly/32ep4Ns

... BEI EINER INFORMATIONSVERANSTALTUNG ZUR ELBQUERUNG, LAUENBURG

Am Freitag, den 19.11. war ich zu Gast bei der von Seiten der Landesregierungen Schleswig-Holstein und Niedersachsen ausgerichteten Informationsveranstaltung bezüglich der Ortsumgehung B 5 / B 209 und der Elbquerung bei Lauenburg / Hohnstorf.

Seit über 70 Jahren verbindet die Elbbrücke bei Lauenburg Niedersachsen und Schleswig-Holstein als Straßen- und Eisenbahnbrücke. Nachdem erhebliche Mängel an der Brücke festgestellt wurden, muss ein Neubau entstehen. Die Wirtschafts- und Verkehrsminister von Schleswig-Holstein Bernd Buchholz und Bernd Althusman sowie Britta Lüth vom Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein stellten heute in Lauenburg Optionen für den Ersatz der heutigen Elbquerung vor und gingen auf die Fragen der ca. 40 anwesenden Bürger*innen ein.

In meinem Wortbeitrag benannte ich mehrere Aspekte (Kriterien der Vergleichbarkeit in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zwischen den Varianten, Umweltbeeinträchtigungen, zu berücksichtigte Ost-West Verkehrsströme, fehlende Anbindung an den Bahnhof Lauenburg im Fall einer West-Elbquerung, Konkretisierung der von ministerieller Seite angesprochenen Tunnelvarianten). Mit Blick auf den Schienenverkehr und die Mobilitätswende werde auch der Bedarf an Park & Ride steigen, womit einer am Bahnhof Lauenburg gelegenen Elbquerung eine eigene Bedeutung zukommt.

BERICHT ZUM KREISPARTEITAG

Auf dem Kreisparteitag des SPD-Kreisverbandes Herzogtum Lauenburg kandidierte ich nach vier Jahren Amtszeit nicht erneut als Kreisvorsitzende. Manfred Börner, zuvor stellvertretender Kreisvorsitzender, wurde mit 71 % der Stimmen zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt.

Auch an dieser Stelle meine herzlichen Glückwünsche an den neu gewählten Kreisvorstand.
Den Aufgaben als Kreisvorsitzende habe ich mich mit viel Freude, aber auch viel Zeit gewidmet. Auch wenn der Kreisvorsitz für mich immer eine Herzensangelegenheit war, möchte ich meine politische Arbeit nun verstärkt auf die bundespolitischen Aufgaben konzentrieren. Diese sind auch für unseren Kreis von großer Bedeutung. Mit meinen seit Jahrzehnten verfolgten Schwerpunkten der Klimaschutzpolitik und einer zu beschleunigenden Energiewende zeichnet sich eine Europäisierung der Rahmenbedingungen ab, die ergänzende Herausforderungen und Zeitaufwände mit sich bringt. Zudem ist mir die gute Präsenz als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete, auch mit Blick auf die nun reduzierte Anzahl an Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd, wichtig.

Ich freue mich, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, wieder deutlich mehr Parteieintritte zu verzeichnen.

Zu meinen Aktivitäten als Kreisvorsitzende zählte der 2018 ins Leben gerufene und parteiübergreifend ausgerichtete Oster-Friedensmarsch, der leider 2020 und 2021

coronabedingt ausfiel. Zudem hatte ich mich für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung nach dem Lübecker Konzept eingesetzt. Zur Stärkung der Wälder vor den Herausforderungen des Klimawandels sehe ich dabei auch auf Kreisebene Nachbesserungsbedarf, dem sich der Kreistag spätestens mit anderen Mehrheitsverhältnissen widmen muss. Auch der nachhaltige Verbleib von Klärschlamm wird ein politisch weiter zu verfolgendes Thema bleiben. Zahlreiche Anträge verfasste ich, die auch auf Landes- sowie Bundesebene aufgegriffen wurden.

Zu den traditionellen Frühlingsgesprächen des Kreisverbandes folgten unter meinem Vorsitz die Präsidentin der Welthungerhilfe, Bärbel Dieckmann, und zuletzt der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn der Einladung des Kreisverbandes. Der in der Buntenskampschule Geesthacht gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Geesthacht ausgerichtete Abend zählte sicher zu den kreisweit politischen Veranstaltungshighlights der letzten Jahre. Hier setzte ich einen deutlichen Akzent für eine auch europäisch zu stärkende Daseinsvorsorge.

Ich bedanke mich auch an dieser Stelle für die intensive wie konstruktive Zusammenarbeit sowie die herzlichen Dankesgrüße auf dem Kreisparteitag.

Dr. Nina Scheer · Mitglied des Deutschen Bundestages
nina.scheer@bundestag.de · www.nina-scheer.de
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Tel.: 030 227 73537 · Fax: 030 227 76539
Wahlkreisbüro Ahrensburg · Manhagener Allee 14 · 22926 Ahrensburg
Wahlkreisbüro Geesthacht · Markt 17 · 21502 Geesthacht